Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger
Schwerter Volkszeitung
Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Welthofener Zeitung
Aplerbecker Zeitung
Langscheder Zeitung
Holzwickeder Zeitung

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. ¤ Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus. Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Nr. 246 — Freitag, 19. Oktober 1923 — 56. Jahrgang

Einzelnummer 25 000 000 Mk.

Zum Geleit.

Willst du, o Herr, daß ich im Dunkeln weile, so will ich dich preisen; willst du, daß ich im Lichte wandle, so will ich dich auch preisen; willst du mich trösten, so sei gepriesen; willst du mir Trübsal auflegen, so sei auch gepriesen.

Thomas a Kempis.

Neuigkeiten.

Der Reichstag soll am Dienstag oder Mittwoch vor seiner längeren Vertagung nochmals zusammentreten, um das Arbeitszeitgesetz zu erledigen; der Regierungsentwurf ist zurzeit Gegenstand von Besprechungen der Gewerkschaften mit der Regierung.

* *

Nach einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" soll der ehemalige preußische Finanzminister und frühere Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg Dr. Lentze zum Präsidenten der Deutschen Rentenbank vorgeschlagen worden sein.

*

Der Wert der Sachbezüge für die Provinz Westfalen ist mit Wirkung vom 15. Oktober 1923 ab festgesetzt auf täglich 109 190 000 ℳ für männliche Versicherte ausschl. Lehrlinge und 98 190 000 Mark für weibliche Versicherte und Lehrlinge (männlich oder weiblich) aller Berufe.

*

Die Mittwoch nach dem Rathause in Düsseldorf einberufene Versammlung der Sonderbündler konnte nicht stattfinden, da kein Saal zur Verfügung gestellt wurde.

*

Der gestrige Tag ist in Düsseldorf im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Polizei hatte die Anweisungen erhalten, die sich ansammelnden Menschenmengen sofort, unter Umständen mit rücksichtsloser Gewalt, auseinanderzutreiben.

*

Wie wir erfahren, wurden vonseiten der Oberpostdirektion Düsseldorf die Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden eingeleitet, um den Dienst des Telephon- und Telegraphenverkehrs wieder aufzunehmen.

*

Wie man von unterrichteter Seite erfährt, wird der Prozeß gegen die Teilnehmer am Küstriner Putsch voraussichtlich am nächsten Montag stattfinden.

*

Zum Zivilkommissar für Sachsen ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Meier-Zwickau ernannt worden.

*

Ministerpräsident Dr. von Knilling hat an den Grafen Lerchenfeld aus Anlaß seines 80. Geburtstages ein Schreiben gerichtet, in dem er den Dank und die allerwärmsten Glückwünsche der bayerischen Regierung ausspricht.

*

Das Obergericht in München hat den Zigarettenhändler Ernst wegen Warenzurückhaltung zu zwei Monaten Gefängnis und Einziehung der gesamten beschlagnahmten Ware im Werte von 2 Billionen ℳ verurteilt.

*

Laut „Berl. Lokalanz." ist das größte Elektrizitätswerk der Welt das Bayernwerk, gestern in seinen gesamten Fernleitungen fertig geworden. Die Leitungen umfassen vom Walchensee-Kraftwerk bis Aschaffenburg und Hof das ganze rechtsrheinische Bayern mit 900 Kilometer Länge. In einigen Wochen werden auch die Umspannungsanlagen fertig gestellt sein.

*

In Hamburg sollen die Verkehrstarife auf 100, 130 und 160 Millionen Mark erhöht werden.

*

Der vielen bekannte Schriftsteller Paul Schrekkenbach, Pfarrer in Klitzschen, ist gestorben.

Der Kommunist Neuhauser, der noch vierzehn Tage Gefängnis wegen Uebertretung der Ausweisungsbestimmungen zu verbüßen hatte, ist aus dem Kölner Strafgefängnis ausgebrochen und entwichen.

*

Die Bäcker und Müller des Kreises Norderdithmarschen haben sich zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen, um die Versorgung des Kreises mit Brot sicherzustellen. Die Genossenschaft erhielt den Namen Brogena (Brotgenossenschaft).

*

Der Papst hat den Bischöfen von Breslau und Köln je 300 000 Lire zur Verteilung an Bedürftige ihres Bistums überwiesen.

*

Die Stimmung im Streikgebiet Beuthen nimmt täglich an Erregung zu. In Kattowitz durchziehen gewaltige Menschenmassen die Straßen. Auf das Gerücht, daß mit Knütteln bewaffnete Aufständische im Anmarsch auf Kattowitz seien, ist das Betreten der Stadtgrenze für Trupps von mehr als drei Personen verboten.

*

Die Preise im Einzelhandel stiegen in England durchschnittlich 75 Prozent über diejenigen der Vorkriegszeit. Das bedeutet eine Vermehrung von 2 Prozent gegenüber dem Monat September.

Die Zahl der Beschäftigungslosen in England betrug am 8. Oktober 1251 000, das bedeutet eine Zunahme um 5418 gegen die Vorwoche.

*

Poincaré wird am 26. Oktober in Sampigny und am 1. November in Nevers Denkmalsenthüllungen beiwohnen; man glaubt, daß er bei dieser Gelegenheit Ansprachen halten wird.

*

„Intransigeant" meldet aus Konstantinopel, daß wegen der Einführung des Alkoholverbots in der Türkei schon 4250 Alkoholfabriken oder Depots ihre Erzeugnisse nicht mehr absetzen können.

*

Die unter dem Patriarchen Tichon stehende russische Kirche ging mit Zustimmung des Konstantinopeler Patriarchen vom 14. Oktober ab zum neuen gregorianischen Kalenderstil über.

*

Der König und die Königin von Italien, sowie sämtliche Prinzen haben die Einladung Mussolinis zu dem großen Bankett, das am 31. Oktober im Palais Venezia stattfinden soll, angenommen.

*

Wie aus Newyork gemeldet wird, wird der Nordpolfahrer Amundsen den Nordpol im Mai des nächsten Jahres von Norwegen aus in einem Flugzeug überfliegen und Alaska zu erreichen suchen.

Die Reichsregierung und Sachsen.

Die innerpolitischen Verhältnisse in Sachsen und ihre Rückwirkung auf das Reich haben immer noch keine befriedigende Erledigung gefunden. Halbamtlich läßt die Reichsregierung dazu vielmehr folgendes erklären:

„In den letzten Tagen sind über die Verhältnisse in Sachsen Berichte in die Oeffentlichkeit gelangt, die eine weitgehende Beunruhigung hervorgerufen haben. Von den zuständigen Stellen wird die Entwicklung dieser Verhältnisse mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Reichsregierung wird unter allen Umständen dafür Sorge tragen, daß die Durchführung verfassungs- und gesetzmäßiger Zustände gewährleistet wird."

Danach scheint sich die Lage eher noch mehr verschärft zu haben.

Die Landespolizei unter Militärgewalt.

Nach einer Meldung aus Dresden hat das Wehrkreiskommando 4 folgende Bekanntmachung bezw. Verfügung ergehen lassen:

Der erste Kongreß der sächsischen proletarischen Abwehrorganisationen hat trotz des Verbots der militärischen Befehlshaber stattgefunden. Er hat überdies in Dresden und vielen anderen Orten Sachsens ein aufreizendes Plakat ankleben und verbreiten lassen. Aus ihm wie auch aus der im Anschluß an die Rede des Ministers Böttcher am 13. Oktober in Leipzig im Zoologischen Garten angenommenen Resolution der KPD. geht hervor, daß die Verordnung vom 13. Oktober über das Verbot der Hundertschaften, der Aktionsausschüsse auf scharfen Widerstand stößt, der unter Umständen nur durch Einsetzen von Truppen gebrochen werden kann.

Zunächst beabsichtigt der Militärbefehlshaber jedoch, in erster Linie die Landespolizei hierzu zu verwenden. Um die Zusammenarbeit mit ihr zu gewährleisten, hat der Befehlshaber alle staatlichen und kommunalen Polizeiorgane, insbesondere die Landespolizei und die Landgendarmerie, kraft der ihm zum Schutze der Republik vom Herrn Reichspräsidenten übertragenen vollziehenden Gewalt seinem unmittelbaren Befehl unterstellt. Er hat dabei besonders darauf verwiesen, daß gegen sich widersetzende Polizeibeamte die Amtsentsetzung verhängt werden kann.

Es ist selbstverständlich, daß alle Polizeiorgane wie bisher ihre Obliegenheiten im täglichen Dienste weiter erfüllen. Eine Aenderung hierin, die sich durch Zusammenziehung zur Lösung besonderer Aufgaben und dergleichen notwendig machen sollte, tritt nur auf besonderen Befehl ein.

Ultimatum des Wehrkreiskommandeurs an die sächsische Regierung.

Dresden, 18. Okt. In der Landtagssitzung verlas im Verlauf einer Erwiderung Ministerpräsident Dr. Zeigner ein Schreiben des Wehrkreis-Kommandeurs an die sächsische Regierung, das auf eine Rede Bezug nimmt, die der kommunistische Minister Böttcher am 13. Oktober in Leipzig gehalten hatte, und in der er zu dem Verbot der proletarischen Hundertschaften Stellung genommen hatte. In dem Schreiben heißt es u. a.: Ich bitte Sie, zu den Ausführungen des Ministers Böttcher Stellung zu nehmen und mir zu sagen, ob sich das gesamte Ministerium mit den Ausführungen einverstanden erklärt, oder ob es entgegen den Ausführungen des Ministers Böttcher gewillt ist, mich bei meinen Bemühungen zu unterstützen. Für den letzteren Fall muß ich ferner verlangen, daß die Regierung den Wortlaut ihrer Erklärung veröffentlicht, und daß sie mir mitteilt, welche Maßnahmen sie ergreifen will, um eine Wiederholung solcher Entgleisungen zu verhindern. — Ministerpräsident Dr. Zeigner kündigte an, daß er von dem Landtag erwarte, daß er Verständnis für ein solches Schreiben aufbringe. Die Regierung sei nur dem Landtag, nicht aber dem Wehrkreiskommandeur verantwortlich.

Minister ohne Verfassungseid.

Zeigner im Landtag zur Ordnung gerufen.

Dresden, 18. Okt. Die heutige große Aussprache über die Regierungsbildung und Regierungserklärung brachte scharfe Kritik der bürgerlichen Parteien und schwere Ausfälle der Kommunisten Siewert, der die Unterstellung der Polizei unter den direkten Befehl des Militärbefehlshabers als vollzogene Reichsexekutive und Absetzung der sächsischen Regierung bezeichnete. Er forderte als Gegenmaßregel die Bewaffnung der Arbeiterschaft und die sofortige Proklamierung des Generalstreiks. Dabei entschlüpfte ihm das Zugeständnis, daß die kommunistischen Minister nicht den Eid auf die Verfassung geleistet hätten. Eine noch nie gesehene Erregung bemächtigte sich des Hauses als Dr. Zeigner in seiner Erwiderung auch die demokratischen Beamten scharf angriff und mit einer radikalen Säuberung der Behörden von allen nichtsozialistischen Beamten drohte. Dabei rief er dem demokratischen Abgeordneten Dr. Dehne, der „noch" Ministerialdirektor im Arbeitsministerium ist, auf einen Zwischenruf zu, daß dessen ganze Tätigkeit allein im Abheben des Gehalts beruhe. Hierauf entstand eine ungeheure Erregung. Zeigner wiederholte noch einmal seine unqualifizierbaren Vorwürfe und wurde hierfür vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, während Rufe, wie „Verleumder" und „Ehrabschneider" aus den Reihen der nichtsozialistischen Abgeordneten ertönten. Seine weiteren Ausführungen waren ein einziger Angriff auf den Reichswehrminister und die Reichswehr. Er drohte mit neuen Enthüllungen. Dabei entfuhr ihm das unvorsichtige Geständnis, daß sein Material aus den Untersuchungsakten des Reichsgericht stamme. Danach müßten Beamte des Reichsgerichts ihre Amtspflicht gebrochen haben.

Der angegriffene Abgeordnete Dr. Dehne verteidigte sich außerordentlich wirkungsvoll.

Einer von der berüchtigten Garde Hölz als Ministerialdirektor.

Leipzig, 18. Okt. Amtlich wird bekanntgegeben, daß Ministerialdirektor Heinrich Brandler am Montag seinen Dienst in der sächsischen Staatskanzlei aufgenommen hat. Der bisherige Leiter der Staatskanzlei Dr. Schulze wird als Ministerialdirektor in das Ministerium des Innern aufgenommen. Bei dieser Gelegenheit wird in den Blättern daran erinnert, daß Brandler seinerzeit wegen Beteiligung an dem Hölz-Unternehmen (Brandler war ein guter Freund von Max Hölz) zu fünf Jahren Festung verurteilt worden war. Er konnte bald darauf entfliehen und ist inzwischen amnestiert worden.

Zuspitzung der Lage zwischen Sachsen und Bayern.

München, 18. Okt. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Auf die Mitteilung der sächsischen Regierung über die Entlassung des sächsischen Geschäftsträgers von Dziembowski aus dem sächsischen Staatsdienst, in der zugleich die Wiederbesetzung der sächsischen Gesandtschaft in München in Aussicht gestellt war, hat das bayerische Staatsministerium des Aeußeren dem sächsischen Staatsministerium des Aeußeren zur Kenntnis gebracht, die bayerische Regierung sei, solange die kommunistische Partei, die erbittertste Feindin jeder verfassungsmäßigen Staatsordnung, in der sächsischen Regierung vertreten sei, nicht in der Lage, einen neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Zugleich hat die bayerische Regierung in Verfolg dieser ihrer Stellungnahme den bayerischen Gesandten bei der sächsischen Regierung, Dr. von Preger, abberufen.

Russische Hoffnungen.

Berlin, 18. Okt. Die Ereignisse in Sachsen werden, wie der Ostexpreß meldet, in Rußland aufmerksam verfolgt. Die Petersburger Krasnaja Gazeta spricht in einem Leitaufsatz über das rote Sachsen von „der revolutionären Macht, die sich kristallisiert hat, und von den Geschwadern der Revolutionskämpfer, die sich formieren". Die neue sächsische Regierung wird als die erste Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland und als Grundstein zum Aufbau der Macht des deutschen Proletariats begrüßt. Die russische Presse veröffentlicht den Wortlaut einer Rede, worin Radek beim „Fest der Arbeit und Maschine" auf der Moskauer Ausstellung ausführte. Räterußlands Kräfte müßten mobil sein; es wolle den Krieg nicht, aber alles müsse mit Rücksicht auf die deutschen Verhältnisse alarmbereit sein.

Bamberg, 18. Okt. Von einer Abteilung der Bamberger Landespolizei wurde nachts im Koburger Lande, nahe der thüringischen Grenze, ein aus Suhl kommendes neues Lastauto, das die Aufschrift „Reichswehrkommando" trug und mit neuen Armeepistolen beladen war, beschlagnahmt. Die Waffen war für die Rote Armee bestimmt. Weiter konnte in der gleichen Gegend von bayerischer Landespolizei ein mit Gewehren für die Rote Armee beladenes Lastauto beschlagnahmt werden.

Ein ernster Beschluß der Industriellen.

Der Berichterstatter der „Times" im besetzten Gebiet meldet laut „Köln. Ztg." seinem Blatte:

Ich bin in der Lage, aus bester Quelle mitzuteilen, daß auf einer Konferenz, die am Dienstag nachmittag von den industriellen Führern abgehalten wurde, welche die Verhandlungen mit den Franzosen geführt haben, darunter Stinnes, Klöckner und Vögler ein tragischer Schritt beschlossen worden ist: Schon am Montag hatten sich die Zechenbesitzer entschlossen, nur als geschlossener Verband zu verhandeln. Gestern wurde die ganze Lage von den Industriellen geprüft. Von einer Seite wurde festgestellt, daß der Finanzminister zu dem Schluß gekommen sei, daß es unmöglich sei, gegenwärtig die Sachlieferungen für Frankreich, ja überhaupt irgend welche Entschädigungsleistungen an die Verbündeten weiter zu bezahlen. Das finanzielle Chaos, der Verfall der Steuern, die Zukunft der Eisenbahnen in Rheinland und Westfalen, die allgemeine Erschöpfung nach dem Ruhrkampf und die dringende Notwendigkeit, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, verlangen drastische Maßregeln und die Beschränkung auf das wirtschaftliche Problem. Wahrscheinlich würden sogar die Vorschüsse in Papiermark an die Besatzungsheere eingestellt werden müssen. Die Regierung bereite eine Note an die Verbündeten vor, die baldigst abgesandt werden soll und ihnen die Einstellung aller Entschädigungszahlungen bis auf weiteres dartun soll.

Es war den Industriellen damit klar geworden, daß die Antwort auf die Frage, die jeder stelle: „Wer bezahlt die Wiederherstellungskohle?" offensichtlich nicht „Berlin" heißen würde, da die Regierung angezeigt habe, daß weder Zahlungen noch Kredite weitergewährt werden könnten. Die letzten Summen aus den Ruhrkrediten zur Zahlung der Löhne werden mit Ende dieser Woche erschöpft sein. Die Industriellen haben eingehende Untersuchungen daheim wie auswärts angestellt, aber niemand hat sich bereit gezeigt, Leuten Kredit zu gewähren, deren Eigentum in den Händen fremder Truppen sich befindet und jeden Augenblick enteignet werden kann. Holländische Bankleute haben es grundsätzlich abgelehnt, einer deutschen Firma Kredit zu gewähren. Auch von England ist unter keinen Umständen Beistand zu erwarten. Einige der großen Betriebe könnten Bankkredite in Deutschland aufnehmen, die es ihnen ermöglichen würde, für weitere 7—14 Tage Löhne zu zahlen, aber das wäre auch alles. Ihr Besitz an Devisen, erklärten die Industriellen, habe sich völlig erschöpft. Die Gewinnung großer Summen durch örtliche Kohlenverkäufe würde als unmöglich betrachtet. Selbst nach Aufhebung der Kohlensteuer kostet die Ruhrkohle 8 Goldmark die Tonne mehr als die englische Kohle. Die Franzosen forderten 17 Prozent der gesamten Ruhrförderung an Wiederherstellungskohle, außerdem müßten alle Kohlenlieferungen für die Besatzungstruppen — an sich kein großer Betrag — frei erfolgen und die Lieferungen an die Regie werden zu einem Preise bezahlt, den die Franzosen festsetzten. Eine Steuer von 40 Prozent müsse den Franzosen auf alle Kohle bezahlt werden, die für den Privatgebrauch oder -verkauf freigegeben werde. Die französische Blockade hindere alle Verkäufe in das unbesetzte Gebiet oder ins Ausland.

Nachdem die industriellen Führer die ganze Lage sehr gründlich geprüft hatten, entschieden sie sich dahin, daß es unmöglich sei, nicht nur die Wiederherstellungslieferungen wieder aufzunehmen sondern überhaupt ihre Arbeiter zu beschäftigen und man beschloß, die Franzosen bei der kommenden Zusammenkunft mit General Degoutte dahin zu benachrichtigen, daß die Industriellen bei aller Billigkeit des Zusammenarbeitens unter den gegenwärtigen Umständen keine Möglichkeit sehen könnten, Geld aufzutreiben, um ihre großen Lohnrechnungen zu bezahlen, und daher gezwungen sein würden, Zechen und Werke an der Ruhr still zu legen.

Das bedeutet, wenn nicht irgendwelche unerwartete Entwicklungen eintreten, das Ende der Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen. Der Herr Otto Wolff, der nicht mehr als ein Fünftel der Ruhrkapitalisten vertritt, ist der einzige, der ein Sonderabkommen abzuschließen unternommen hat. Er hatte am Montag eine neue Zusammenkunft mit den Franzosen und versuchte, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, die er begonnen hatte, aber der Versuch ist mißglückt und es ist wahrscheinlich, daß Herr Wolff im Augenblick einen weiteren Versuch unternimmt, möglicherweise sucht er jetzt den Anschluß an seine Kollegen zurückzugewinnen.

Der Ausblick in die Zukunft ist außerordentlich ernst. Wenn die Franzosen nicht irgendwelche nützlichen Vorschläge machen, so sieht es danach aus, als ob in einer Woche die riesige Arbeiterbevölkerung des Ruhrgebietes dem Reiche zur Arbeitslosenunterstützung anheimfällt. Ich bin dahin benachrichtigt worden, telegraphiert der Timesberichterstatter seinem Blatte, daß die Industriellen zu ihren drastischen Schlüssen nicht gekommen sind in der Auffassung, daß sie eine Art der Lösung bedeuten oder in der Hoffnung, einen Schachzug gegenüber den Franzosen oder gegenüber der deutschen Regierung zu machen, sondern einfach deshalb, weil ihnen kein anderer Ausweg mehr bleibt.

Ich erfahre weiter, daß die französischen Behörden jetzt die Kohlensteuer auch von den Braunkohlenbergwerken verlangen, die innerhalb des englischbesetzten Gebietes liegen. Das ist eine überraschende Forderung, wenn man bedenkt, daß die französischen Steuersanktionen niemals auf die englische Zone Anwendung gefunden haben. Die Engländer haben den deutschen Steuerbehörden gestattet, die Erhebung der Steuern fortzusetzen und dabei ist ihnen auch die Steuer für die Braunkohlen mit Genehmigung der britischen Behörden ausgezahlt worden. Wir sind aber infolge der Abiperrung unserer Zone nicht in der Lage, zu garantieren, daß die Braunkohle unser Gebiet verlassen kann. Und tatsächlich wurden alle Lieferungen nach dem unbesetzten Gebiet an der Grenze von den Franzosen beschlagnahmt aus dem Grunde, weil die Kohlensteuer zu bezahlen sei. Diese Forderung ist inzwischen auf 20 Prozent festgesetzt.

Auch die Frage der Eisenbahnen ist noch nicht geregelt. Auf einer Zusammenkunft in Essen wurden die Leute benachrichtigt, daß ihre Vertreter in Köln von dem britischen Delegierten dahin verständigt worden seien, daß er für sie außerhalb der britischen Zone nichts unternehmen könne.

Verordnung über Arbeitsstreckung.

Berlin, 18. Okt. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung über Betriebsstillegungen und Arbeitsstreckung, durch die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Verordnung vom 8. November 1920 über die Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stillegungen geändert wird.

Laut Artikel 1 der Verordnung treten zum § 2 der Verordnung vom 8. November 1920 folgende Absätze 2 bis 5: Absatz 2:

Entlassungen, die über die Grenzen des §. 1, Absatz 1, Ziffer 2, hinausgehen, sind innerhalb der Fristen des § 1 Absatz 2 nur mit Genehmigung der Demobilmachungsbehörden wirksam. Ist der Arbeitgeber nicht in der Lage, die Arbeitnehmer während der bezeichneten Fristen zu beschäftigen, kann die Demobilmachungsbehörde für die Dauer der Frist die Verkürzung (Streckung der Arbeit) anordnen. Hierbei darf jedoch die Wochenarbeitszeit der Arbeitnehmer nicht unter 24 Stunden herabgesetzt werden.

Absatz 3: Der Arbeitgeber ist im Falle der Arbeitsstreckung berechtigt, die Löhne und Gehälter der mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigten Arbeitnehmer entsprechend zu kürzen, jedoch erst von dem Zeitpunkt an, wo das Arbeitsverhältnis nach den allgemeinen oder vertraglichen Bestimmungen enden würde.

Absatz 4: Das Recht zur fristlosen Kündigung aus dem Grunde, der nach dem Gesetz zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung der Kündigungsfrist berechtigt, bleibt unberührt.

Absatz 5: Entlassungen, die bei Einhaltung der Anzeigepflicht unwirksam wären, sind auch unwirksam, wenn der Anzeigepflicht nicht genügt ist. Nach dem Artikel 2 werden die §§ 12 bis 15 der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeiter und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 12. Februar 1920 aufgehoben.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Gleichzeitig treten aller rechtlichen Vorschriften über Betriebsstillegungen, Arbeitsstreckungen außer Kraft.

Der Reichsarbeitsminister bei den Gewerkschaften.

TU. Berlin, 18. Okt. Auf der Tagung des Vereins deutscher Gewerkschaften führte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns unter anderem aus: „Wir sind mit Ihnen einer Meinung, daß das Heer der Arbeitslosen so fürchterlich wächst, daß dadurch die wirtschaftliche Krise nicht nur ständig fortschreitet, sondern die Existenz unserer Wirtschaft überhaupt in Frage gestellt wird, wenn sich die Dinge so wie bisher weiter entwickeln. Das Arbeitslosenelend ist so groß und so fürchterlich, wie wir es seit Kriegsende nicht mehr erlebt haben. Ich beurteile auch die Frage des Lohnes genau wie Sie und bin mit Ihnen der Meinung, daß der Reallohn der Arbeiterschaft in den letzten Tagen eine große Senkung erlitten hat. Es muß energisch eingegriffen werden gegen die Preistreiberei und gegen die Mißbräuche im Kartell- und Trustwesen. — Der Minister stellte energische Abhilfe der Regierung in Aussicht.

Zurückweisung falscher Behauptungen.

Berlin, 18. Okt. „Temps" erklärt heute, durch die Beseitigung der Ausfuhrabgabe, durch die Aufhebung der Kohlensteuer und schließlich durch die Weigerung der deutschen Regierung, die Sachlieferungen zu bezahlen, werde der Kampf, der angeblich durch Beilegung des passiven Widerstandes beendigt sein soll, auf anderem Gebiete wieder aufgenommen. Die vom „Temps" angeführten Maßnahmen sind nichts anderes, als der Ausdruck des inzwischen vollzogenen Preisausgleichs zwischen In- und Ausland einerseits und der unter dem Ruhreinbruch völlig zusammengebrochenen deutschen Wirtschaft andererseits. Der Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und die dringende Notwendigkeit, eine Stabilisierung der Währung zu versuchen, machen der deutschen Regierung eine Wiederaufnahme der Sachlieferungen vorläufig unmöglich. Da die weitgehende Ausgleichung der In- und Auslandspreise die zur Verhinderung eines Dumpings auf dem ausländischen Markt geschaffene Ausfuhrabgabe überflüssig gemacht hat, hat die Reichsregierung jetzt die Ausfuhrabgabe aufgegeben, um so mehr, als erwartet werden darf, daß der ernste Versuch der Reichsregierung, eine stabile Währung herbeizuführen, die den Preisangleich zu einer dauernden machen wird. Die Aufrechterhaltung der Kohlensteuer war nur solange möglich, als sich die Inlandsselbstkosten erheblich und dauernd unter dem Weltmarktpreis hielten. Nachdem seit längerer Zeit der Weltmarktpreis erreicht und teilweise überschritten ist, ist es unmöglich, den an sich hohen Kohlenpreis noch mit der Kohlensteuer zu belasten. Die deutsche Industrie müßte sonst infolge der hohen Kohlenpreise zum Erliegen kommen.

Poincaré lehnt ab!

Paris, 18. Okt. Die gestrige Unterredung des deutschen Geschäftsträgers mit Poincare wird in den Morgenblättern nach Feststellung einiger Blätter in der Weise wiedergegeben, wie sie im Quai d'Orsay den Journalisten gestern abend mitgeteilt wurden. Der größte Teil der Presse, voran der „Petit Parisien", spricht von einer Ablehnung der deutschen Anregungen. Das halbamtliche Blatt schreibt, man wird aus diesem Anlaß in Berlin von dem angeblich schlechten Willen der französischen Regierung und von ihrer Hartnäckigkeit sprechen, welche nicht gestattet, daß der passive Widerstand effektiv ein Ende erreicht. Deshalb muß man noch einmal wiederholen, daß das Ende des Widerstandes erst als vollkommen angesehen werden könne, wenn über eine so wesentliche Frage, wie die der Sachlieferungen, eine Einigung in Berlin oder Düsseldorf erzielt worden sei, genau wie für die Eisenbahner die französisch-belgischen Bedingungen anzunehmen sind. — „Oeuvre" schreibt, wenn Poincaré sagt, Frankreich habe Zeit, dann müsse man merken, daß das weder die Ansicht der Geschädigten im ehemaligen Kampfgebiet, noch die Ansicht der französischen Verbündeten seien, die mit Schrecken die bolschewistische Revolution in Deutschland aufsteigen sehen.

„Ere nouvelle" sagt, Poincare habe sich nicht abschrecken lassen. Er halte seine These aufrecht, welche lautet: Keine Einmischung von Berlin in das besetzte Gebiet.

17 Prozent der Kohlenförderung für Reparationszwecke.

Paris, 18. Okt. Der Mitarbeiter der „Daily Mail" erklärt in Bezug auf den gestrigen Schritt des deutschen Geschäftsträgers bei Poincaré, daß die **Vorschläge Stresemanns** vom Geiste der Versöhnlichkeit eingegeben waren. Man gebe sich der Hoffnung hin, in ferneren Besprechungen zufriedenstellendere Ergebnisse zu erzielen. Die französischen Besatzungsbehörden rechnen mit einer Lösung im Laufe der nächsten Woche. Man beabsichtigt, die Instandsetzung der **Kohlengruben im Ruhrgebiet einem französisch belgischen Syndikat** zu übertragen. Ferner wird erklärt, die Industriellen hätten sich bereit erklärt, Frankreich und Belgien **17 Prozent ihrer Kohlenförderungen zu Reparationszwecken** zu übertragen. Den Industriellen soll dafür die Erlaubnis erteilt werden, **Kohlen auch außerhalb des besetzten Gebietes zu verkaufen.** Auf diese Weise glaubt man, die nötigen Geldmittel zur Auslöhnung der Bergarbeiter zusammenzubringen und die Industrietätigkeit im besetzten Gebiet wieder vollständig wiederherstellen zu können. Der diplomatische Mitarbeiter des englischen Blattes fährt fort: Wir gedenken ausnahmslos nach diesen Gesichtspunkten mit den leitenden deutschen Industriemagnaten zu verhandeln. Nach hiesigen Informationen erklärte gestern Poincaré dem deutschen Geschäftsträger, daß der passive Widerstand erst mit der Wiederaufnahme der Naturallieferungen als beendet angesehen werden könne.

Düsseldorf, 18. Okt. Dem Vernehmen nach werden die Besprechungen der Industriellen in Düsseldorf mit General Degoutte fortgesetzt.

Das Forsthaus im Teufelsgrund.

Detektiv-Roman von F. Eduard Pflüger.

65 (Nachdruck verboten.)

Der Aufstieg auf den Templerberg war beschwerlich und so fügte es sich von selbst, daß nicht alle in einer Linie marschierten, sondern daß sich einzelne Gruppen absonderten, vereinigten und wieder trennten, je nachdem eine Wegstelle sich leicht oder schwer überwinden ließ.

Rechenbach fühlte sich außerordentlich wohl in der Gesellschaft der jungen Offiziere. Es machte ihm Vergnügen, mit gebildeten Leuten zu plaudern, verschiedene Ansichten über das Kaisermanöver zu hören und in der militärischen Unterhaltung verleugnete er nicht den alten Reserveoffizier. Er sprach von diesem und jenem, von Freunden und Bekannten, die er in der bayerischen Armee hatte und erfuhr auch gelegentlich, daß einer oder der andere gleichfalls mit einem seiner Begleiter befreundet war. Er fühlte sich um so behaglicher, weil ihm ja doch in der Gesellschaft von Offizieren das Gefühl des Druckes, unter dem er gerade am heutigen Tage stand, mehr und mehr schwand.

Langsam, unter Lachen und Scherzen, langte die kleine Gesellschaft endlich oben auf der Krone des Berges an und trat in den Kreis der Ruine. Man blieb stehen und unterhielt sich über die Herkunft der Templer im Spessart, über das Alter der verfallenen Burg und Breitschwert, der zur Ueberraschung Rechenbachs durchaus informiert war, trat etwas zurück und hielt einen längeren Vortrag über den Ausgang des Templerordens und die Flucht seiner Mitglieder in verschiedene Reiche des Kontinents.

„Verzeihen sie, Herr Doktor," mit diesen Worten trat Wangenheim näher an den Redenden heran.

Aber Breitschwert wies ihn ziemlich schroff ab mit den Worten: „Lassen sie mich erst zu Ende reden, Herr von Wangenheim, ich werde ihnen dann Bescheid geben und vor allen Dingen möchte ich ihnen noch eine Sensation der Gegend zeigen: wenn nämlich hier oben ein Schuß abgefeuert wird, hat man den Eindruck eines siebenfachen Echos. Passen sie einmal auf."

Mit diesen Worten zog er seinen schweren Revolver aus der Tasche was für Kluge, der seinem Meister getreulich alles nachmachte, das Signal war, seine Bärenfaust um den Griff seines bayerischen Dolches zu legen.

Wangenheim fiel Breitschwert in den Arm und sagte laut: „Ach bitte, schießen sie nicht, denken sie doch daß wir hier in einer militärischen Umgebung sind und daß ein Schuß Aufsehen und Verwirrung anrichten müßte."

Der Doktor schüttelte sich leicht den Arm des Offiziers ab und trat hinter einen Mauerkranz, als ob er die Anwesenden auffordern wollte, weiterzugehen.

In diesem Augenblick geschah etwas Seltsames:

Mitten in dem Kreis der Männer erschien eine verschleierte junge Dame und rief laut:

„Meine Herren, ich flehe sie an, hüten sie sich vor diesen Offizieren, es sind Anarchisten!"

Rechenbach erkannte die Stimme. Es war, als ob sie ihm den Atem versetzte und doch wieder ihn zu himmlischer Seligkeit erhob; denn es war Hertha, die heiß Geliebte, schon Verlorengeglaubte und nun Wiedergefundene, sie war gekommen, ihn zu warnen.

Er wollte auf sie zustürzen, aber da sah er, wie der schlanke Herr von Wangenheim ihr entgegensprang und mit einem wütenden Pfeifen die Worte herausstieß:

„Also Verrat! Da nimm den Lohn dafür!"

Ehe Rechenbach dazwischen treten konnte, fuhr es wie ein Blitz durch die Nacht und Hertha sank mit einem leisen Jammerschrei zu Boden.

Die Aufregung war ungemein. Der Staatsanwalt sprang zu und kniete neben der Getroffenen hin, Breitschwert schoß auf die enteilenden Offiziere ins Ungewisse ab und Kluge rannte, den furchtbaren Dolch in der Faust, den Entwischenden nach.

„Stirb nicht, stirb mir nicht, Hertha, einzig Geliebte," jammerte der unglückliche Mann.

Aber Breitschwert stieß ihn rauh zurück, untersuchte die Niedergesunkene und entdeckte einen kleinen Dolch mit tulasilbernem Griff, der etwas oberhalb des Herzens in der Brust Herthas stak.

„Vor allen Dingen hier retten, entgehen werden uns die Schufte nicht, denn Kluge ist auf ihrer Spur. So hat er's doch erreicht, der gewissenlose Verbrecher, hat sein furchtbarer Dolch doch das Opfer getroffen. Geben sie mir ihr Taschentuch, suchen sie einen glatten Stein, ich will versuchen, den Dolch aus der Wunde zu ziehen und die Blutung zu stillen."

Rechenbach taumelte wie betrunken und vollzog die Befehle des Doktors wie im Traum.

„Um Gottes willen, machen sie doch schnell," rief Breitschwert aufgeregt, als sich eben die Lippen des schönen Mädchens purpurn färbten und ein leichter Bintergus niederrann.

„So ein Unglück, daß wir hier oben auf dem Berge sein müssen. Sie hinunter zu bringen, ist fast unmöglich, ohne der verletzten Lunge alles Blut zu entlocken und wir müssen sie schonen, wir müssen das Blut aufhalten, wenn wir sie retten wollen . . . Gehen sie hinunter nach dem Forsthaus, holen sie Männer so viel als möglich, eine Matratze, Kopfkissen, Bettzeug, alles herauf und schicken Sie einen Boten zum Arzt, zum nächsten Militärarzt, irgendwo in einem Quartier wird sich schon einer finden, aber alles in Eile, in Eile."

Rechenbach war schon verschwunden. Er wußte, daß sein ganzes Lebensglück an dieser einen Sekunde hing und kehrte auch bald zurück, alles, was verlangt worden war und ein Dutzend Soldaten zur Stelle bringend, wo Hertha unter den tückischen Mörderhänden niedergesunken war.

Man bettete die Ohnmächtige so weich als es ging, man umschnürte sie mit breiten Bändern, daß sie fest auf der Matratze lag und ein halb Dutzend kräftiger Soldaten griff zu, um die Last vorsichtig hinunter zu tragen. Rechenbach hatte nicht vergessen, Breitschwerts elektrische Laterne mitzubringen und beleuchtete vorangehend den gefährlichen Abstieg.

Als man im Forsthaus angekommen war, wartet schon ein freundlicher, bayerischer Oberstabsarzt und begab sich sofort, nach dem die Verwundete zu Bett gebracht war, an die Untersuchung des Dolchstoßes.

„Hat die Dame Verwandte hier im Hause?"

„Sie ist meine Braut," jammerte Rechenbach.

„Armer Herr, machen sie sich darauf gefaßt Witwer zu werden, ehe sie Gatte geworden sind."

Rechenbach schluchzte laut auf und bedeckte das Gesicht mit beiden Händen. Nur Breitschwert stand ruhig am Kopfende des Krankenbettes und unterstützte den Arzt in jeder Weise.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Paris, 18. Okt. Havas meldet aus Düsseldorf: Die Verhandlungen, die über die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Post- und Telegraphenverwaltung in Düsseldorf geführt wurden, hatten zu einer Einigung geführt. Die Wachtposten werden beibehalten. Die Gebäude der Oberpostdirektion bleiben requiriert und würden auch fernerhin dem Telegraphendienst der Rheinarmee Unterkunft gewähren.

Paris, 18. Okt. Havas berichtet aus Düsseldorf, Ende der letzten Woche seien Verhandlungen eingeleitet worden zwischen der französisch-belgischen Regie und Vertretern der deutschen Eisenbahn über die technische Frage, die sich auf die Wiederaufnahme der Arbeit beziehen, auch die Frage hinsichtlich der Wiederaufnahme des Betriebes zwischen dem besetzten und unbesetzten Reich. Im Einverständnis mit dem General Degoutte und Tirard seien in diesen beiden Fragen gewisse kategorische Bedingungen gestellt worden. Die deutsche Eisenbahnverwaltung habe nunmehr zur Kenntnis gebracht, daß sie diese Bedingungen nicht annehmen könne, da hierfür die deutsche Regierung allein zuständig sei. Unter diesen Umständen werde sich die französisch-belgische Regie bis auf weiteres lediglich mit einer Verbesserung des Dienstes im besetzten Gebiet begnügen, jedoch nicht die Eisenbahnverbindung mit dem übrigen deutschen Gebiet wieder aufnehmen.

Eine neue Verordnung für Bayern.

München, 18. Okt. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Durch Verordnung der Generalstaatskommissars vom 16. Oktober wird allen Personen, die in Bayern ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, die Zugehörigkeit zu einem Sicherheits- oder Selbstschutzverbande oder ähnlichen Einrichtungen der vereinigten sozialdemokratischen oder kommunistischen Partei auch außerhalb Bayerns verboten und die Teilnahme an Uebungen, Veranstaltungen oder Zusammenkünften solcher Verbände oder Einrichtungen untersagt. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe in unbeschränkter Höhe erkannt werden.

Teuerungsunruhen.

Essen, 18. Okt. In Rotthausen wurde gestern das Rathaus von Kommunisten besetzt.

München, 18. Okt. Im Laufe des gestrigen Nachmittags fanden auf dem Viktualienmarkt und vor den großen Metzgereien starke Ansammlungen statt. Verschiedene Metzgereien hatten den Verkaufspreis, entgegen den am Vormittag geforderten Preisen, der Goldmark angepaßt und in ihren Läden angeschrieben, was Käufern und Vorübergehenden zu erregten Aeußerungen Anlaß gab. Infolge der immer größer werdenden Ansammlungen zogen mehrere Metzger vor, ihre Läden zu schließen. Herbeigerufene Polizei wirkte beruhigend auf die Menge ein, die sich langsam zerstreute. Auch in anderen Stadtgegenden kam es infolge der hohen Fleischpreise zu Auftäufen.

München, 18. Okt. Bei den Erwerbslosen-Unruhen in Neustadt (Pfalz) wurden 18 Personen verletzt, von denen eine inzwischen gestorben ist. General de Metz ordnete wegen der Unruhen die Sperrung des Straßenverkehrs an und erließ ein Versammlungsverbot.

TU. **Mannheim,** 18. Okt. In Mannheim kam es gestern wieder zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten, wobei 7 Personen getötet und 16 verletzt wurden. An der Nekkarbrücke kam es zu einem zweiten Zusammenstoß, wobei es zahlreiche Verletzte gab. Beim Zurückweichen wurde der Menge von den Franzosen der Rückweg abgeschlossen, so daß es der Polizei gelang, etwa 60 Personen festzunehmen.

Die künftige Wohnungspolitik.

Erhöhung der Mieten auf Friedensstand.

Wie halbamtlich aus Berlin gemeldet wird, hat sich das Kabinett in seiner letzten Sitzung unter anderem auch mit Richtlinien über die künftige Wohnungspolitik der Regierung befaßt. Es handelt sich bei dieser geplanten Wohnungspolitik um eine völlige Umgestaltung des Wohnungswesens. Die Regierung geht von der Auffassung aus, daß die Wohnungswirtschaft sich auf eigene Füße zu stellen hat und daß die bisherige Zuschußwirtschaft für die Neubautätigkeit aufhören muß. Ein völliger Uebergang in die freie Wirtschaft wird zurzeit noch nicht für möglich gehalten. Die Kosten der Neubauten sollen künftig hauptsächlich aus den Mieten aufgebracht werden. Zu diesem Zweck wird für notwendig gehalten, die Mieten wieder dem Friedensstand zu nähern, und zwar soll die Berechnung der Mieten nach dem Lebenshaltungsindex erfolgen. Von dem so den Friedensverhältnissen angepaßten Mietsaufkommen sollen 20 bis 30 Prozent für die Betriebs- und Instandsetzungskosten, 10 Prozent für den Hausbesitzer und der Rest für allgemeine Zwecke (Förderung der Neubautätigkeit, Reparaturen, Währung usw.) zur Verwendung kommen. Die Mieterschutz- und die Wohnungsmangelgesetzgebung soll bestehen bleiben; die Wohnungsbauabgabe dagegen soll fortfallen.

Anhaltender Billionenraub.

Berlin, 18. Okt. Die belgische Besatzungsbehörde hat aus der Tageskasse der Reichsbanknebenstelle Aachen 6 Billionen Mark weggenommen. Am gleichen Tage wurden in der Reichsbankstelle Krefeld auf Befehl des belgischen Kommandanten von einem Kommissar der belgischen Kriminalabteilung, der mit einem Aufgebot von Gendarmen, Kriminalbeamten und Soldaten, die dort eindrangen, 5 Billionen Mark gewaltsam fortgenommen.

Berlin, 18. Okt. Am 13. Oktober sind die Franzosen von neuem in die Druckerei von Girardet in Essen eingedrungen und bemächtigten sich des Betrages von 31 Billionen Reichsbanknoten und Notgeld der Stadt Essen.

Berlin, 18. Okt. Am 10. Oktober haben die Franzosen einen Geldtransport von 999 Milliarden Mark auf der Grenzstation Gerolstein weggenommen.

Ungeheure Lasten für die Stadt Essen.

Essen, 18. Okt. Die Besatzung richtet sich gegenwärtig für einen Daueraufenthalt in Essen ein. Nachdem bereits eine größere Anzahl von öffentlichen Gebäuden, Schulen, Hotels und Privatwohnungen, rund 4000 Zimmer, beschlagnahmt worden sind, ist nunmehr an das Besatzungsamt Essen der Antrag auf Bereitstellung von 310 Wohnungen mit insgesamt 1045 Zimmern gestellt worden. Dazu kommt bei jeder einzelnen Wohnung, die vollständig möbliert sein muß, die Bereitstellung einer Küche und eines Mädchenzimmers. Das Besatzungsamt muß auch für Heizmaterial und für die Beheizung Sorge tragen. Die neuerlichen Anforderungen bedeuten für die Stadt Essen eine ungeheure Last, da es in Essen 20 000 Wohnungsuchende gibt und sich diese Wohnungsanforderungen nur auf das Innere der Stadt beziehen. Außerdem sind Stallungen für 380 Pferde angefordert worden. Da nicht genug Stallungen vorhanden sind, ist die Stadtverwaltung genötigt, Neubauten aufzuführen.

Der 1. Pfarrer in Preußen verhungert

Das evangelische Pfarrhaus.

In Nr. 9 des Preußischen Pfarrerblattes vom 25. September findet sich folgende erschütternde Mitteilung vom Hunsrück: „Der erste preußische Pfarrer verhungert." Am 5. September starb und wurde am 9. September still beerdigt der dreiunddreißigjährige Pfarrer Eybisch in Büchenbeuren, Bezirk Koblenz. Er starb an Unterernährung. Für seine zarte Frau und vier kleine Kinder opferte er alles auf. Die letzte Milch gab er ihnen und solange er es erschwingen konnte — seit Wochen konnte er es nicht mehr —, das letzte Stück Fleisch. Von Woche zu Woche wartete er auf sein Gehalt. Es kam nur tropfenweise und spärlich. Bis zu seinem Tode hatte er vom 1. Juli an noch nicht 56 Millionen Mark erhalten. An eine Badereise für seinen geschwächten Körper konnte er nicht denken. Stärkungsmittel konnte er sich nicht leisten, zumal die Bauern ihm so gut wie nichts gaben. Sie hörten ja andauernd von den hohen Gehältern der Pfarrer und ihr Pfarrer schien habgierig zu sein, weil er kein Geld sehen ließ. Mit Pfarrer Eybisch ist ein wackerer Vorkämpfer unserer evangelischen Volksschule dahingegangen. Gott helfe den tiefgebeugten Hinterbliebenen auf!

1 Liter Milch 10 Goldpfennige.

Krefeld, 18. Okt. In einer hier abgehaltenen Vollsitzung des rheinischen Milchpreisausschusses wurde eine völlige Neuregelung der künftigen Festsetzung der Milchpreise nach dem Butterpreis aufzugeben und statt dessen die Goldmarkrechnung einzuführen, die für sämtliche Gebrauchsgegenstände und neuerdings auch für Nahrungsmittel allgemein üblich geworden ist. Die Landwirtschaft hielt entsprechend einem Friedenspreis von 14 Goldpfennig für das Liter Milch im hiesigen Bezirk und entsprechend der in Ländern mit Goldwährung eingetretenen Entwertung des Geldes einen Preis von 18 Pfennig für angemessen und erforderlich. Auf Vorstellung der Vertreter der Städte über die augenblickliche besondere Not in den Städten und die Unmöglichkeit der Verbraucher, diesen Goldpreis zurzeit aufzubringen, erklärten sich die Vertreter der Landwirtschaft bereit, sich mit einem Preise von 10 Goldpfennig für das Liter vorläufig zufriedenzugeben und erst allmählich den Preis auf 14 Goldpfennig steigen zu lassen. Dieser Beschluß des rheinischen Milchpreisausschusses hat für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Aachen Geltung.

Zur Lage.

Grenzstempel. Den in der Nachbarschaft der Sperrlinie wohnenden Personen, die ihren Beruf im besetzten Gebiet ausüben, sei zur Kenntnis gebracht, daß das Grenzgebiet, für das der billigere Grenzstempel zum Verkehr berechtigt, neuerdings wieder die frühere Ausdehnung erhalten hat, das heißt, daß die zwischen der Sperrlinie und der durch die Orte Kamen, Unna, Schwerte gebildeten Linie wohnenden Personen den Grenzstempel erhalten. Die Abstempelung der Pässe erfolgt für das bezeichnete Gebiet in Brackel.

Wiederverhaftung. Der Holländer Veugeler, gegen den am 6. d. M. vor dem französischen Kriegsgericht wegen Einschmuggelung von Reichsbanknoten in das besetzte Gebiet verhandelt wurde, war, nachdem die Verhandlung vertagt worden war, um eine von Veugeler genannte, mit in die Angelegenheit verwickelte Persönlichkeit zu hören, gegen Stellung einer ansehnlichen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden. Am Dienstag ist Veugeler von den Franzosen wiederum in Haft genommen worden.

Neue Verhaftungen. Die Franzosen verhafteten den Schlosser Karl Schauttbauer und einen gewissen Ebeling.

Der Dortmunder Adjutant des Generals Douchy besuchte den Stadtrat Bredenbeck und fragte nach der Zahl der Arbeitslosen. Weiter kündigte er an, daß keine Beschlagnahmungen mehr stattfinden würden und daß die Franzosen bei etwaigen Unruhen in drei Stunden die Ordnung wieder herstellen würden. Weiter teilte der Adjutant mit, daß General Douchy sich freuen würde, wenn die Stadtverwaltung ihm einen Besuch abstattete.

Die Franzosen kommen nach wie vor ins besetzte Gebiet und nehmen alle Personen fest, die nicht im Besitze des neuen Paßstempels sind. So wurden gestern abermals in Holzen bei Schwerte vier Personen von den Franzosen abgeführt und bisher noch nicht wieder freigelassen.

Der „Phönix" in Hörde hat sämtlichen Arbeitern zum 1. November gekündigt. Es ist anzunehmen, daß die Maßnahmen lediglich aus formalen Gründen getroffen worden ist.

Infolge des großen Andranges bei den Wechselstellen nimmt die französische Regie seit einigen Tagen wieder deutsches Geld in Zahlung. Aus dem gleichen Grunde wird beabsichtigt, auf allen Bahnhöfen Wechselstuben einzurichten.

Der Bergassessor Eisenmenger von der Zeche Rheinelbe in Gelsenkirchen wurde gestern wegen Gehorsamsverweigerung vom Militärpolizeigericht

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 19. Oktober 1923.

— **Personalien.** Wie wir hören ist Herr Postmeister Böttcher von Westhofen nach 35jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten. Als Nachfolger wurde Herr Postmeister Schulte von Arnsberg nach Westhofen versetzt.

—* **Eine erschöpfte Spende.** Die Geldmittel der Kaiser Wilhelm-Spende sind aufgebraucht. Die Spende ist damit aufgelöst. Unterstützungsanträge können deshalb nicht mehr vorgelegt werden. Die Spende war für Unterstützungsbedürftige von Eisenbahnbediensteten bestimmt, die an der Front und im Feldeisenbahndienst gefallen sind. Diese sind jetzt an die Stiftung Deutscher Eisenbahner-Kriegsteilnehmer-Dank in Charlottenburg, Suarezstraße 41, zu verweisen. Die Stiftung hat die Aufgabe übernommen. Das bisherige Ergebnis ihrer Opfersammlung beträgt 7 Milliarden M, in wertbeständiger Anlage 120 Milliarden. Es stehen auch noch Beträge aus.

—* **Bildung lohnt nicht mehr.** Die Gehälter der Beamten und der Angestellten haben unter den Wirkungen des Krieges und der Teuerung umsomehr gelitten, je höher die Stufe ist, auf der er steht. Legt man dem wirklichen Gehalt eines verheirateten Reichsbeamten umgerechnet auf Grund der Reichsrichtzahl für die Kosten der Lebenshaltung zu Grunde, so ergibt sich für Aug., daß ein Beamter der Besoldungsgruppe 2 91,46 Prozent seines Friedensgehaltes erhält. Dieser Anteil fällt fast gleichmäßig, je höher die Besoldungsgruppe steigt. Bei den Beamten der 8. Gr. beträgt sie nur noch 39,66 Prozent. In den drei typischen Besoldungsgruppen der Ortsklasse A. erhielt 1913 ein höherer Beamter der Gruppe 11 im Durchschnitt 608 M, im August ds. Js. 296 M, also nur noch 48,7 Proz. Ein mittlerer Beamter der Gruppe 7 erhielt damals 367 M und bekommt jetzt 216 M oder 58,7 Prozent. Der untere Beamte der Stufe 3 bekam 165 M und erhielt im August 138 M oder 83,5 Prozent seines einstigen Gehalts.

— **20- und 50-Milliardenscheine.** Wie der „Deutsche Handelsdienst" erfährt, befinden sich in der Reichsdruckerei zurzeit 20- und 50-Milliardennoten in Vorbereitung, um den Ansprüchen der Wirtschaft nach Geldscheinen gerecht zu werden. Die Noten werden mit besonderer Sorgfalt hergestellt. Es findet ein nach einem völlig neuen photo-chemischen Verfahren angefertigtes Wasserzeichen Verwendung, dessen Nachahmung so gut wie ausgeschlossen erscheint.

—* **Erfahrungen mit der Goldwährung.** Die doppelte Währung, wie sie in Rußland besteht, ist mit den Erfahrungen, die man dort damit gemacht hat, jetzt am Vorabend eines ähnlichen Versuches bei uns überaus lehrreich. Neben dem Papierrubel gibt es dort seit dem 1. Dezember 1922 Goldnoten wie sie auch für Deutschland von allen Praktikern empfohlen werden. Ihr Anteil an dem Werte des gesamten Umlaufs von Gold- und Papiernoten beträgt schon zwei Drittel. Der Sowjetrubel wird dadurch keineswegs weggedrängt noch auch der Wert des Tscherwonez, der neuen Goldeinheit, gesteigert. Bei der Einführung der Goldrechnung stand der Tscherwonez auf 118 Millionen Sowjetrubel, am 1. März auf 240, am 1. September auf 2050 Millionen im Kurs. Der Abstand des Wertes hat sich also in den ersten acht Monaten auf das 205millionenfache oder um 1637 % vergrößert. Die Kaufkraft des Tscherwonez ist nach dem allrussischen Kleinhandelsindex ziemlich stabil. Sie betrug am 1. Dezember 1922 7,92, am 2. Januar 8,93 fiel dann bis zum 1. März auf 7,77, stieg wieder zum 1. Mai auf 8,68, um seitdem mit Schwankungen zum 1. September 6,12 zurückzugehen. Der Warenwert der russischen Goldnote ist höher als der des Dollars. Die Ueberwertigkeit des Zehn-Rubelgoldstückes betrug am 1. April bei einem Preis von 408 Millionen Rubel gegenüber dem Dollar 28 %, am 1. Juni bei einem von 1 Milliarde Rubel 22 %.

—* **Wer bedarf der Handelserlaubnis?** Der Handelserlaubnis bedarf, wer selbständig, d. h. in eigenem Namen oder unter eigener Firma Handel mit bestimmten Gegenständen treibt. Nicht nötig ist es dagegen nach einem Schreiben des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, daß der Handel auf eigene Rechnung betrieben wird. Danach bedürfen der Erlaubnis die Eigenhändler, Handelsmakler und Kommissionäre und nach dem Grade der Selbständigkeit die Handelsagenten. Keine Erlaubnis brauchen die Handlungsgehilfen und Reisende ohne Rücksicht auf den Umfang der Prokura oder Handelsvollmacht. Juristischen Personen wird die Erlaubnis als solchen und nicht den Vorstandsmitgliedern erteilt. Die Letzteren kommen nur in Betracht, sofern für sie die Voraussetzungen der Zuverlässigkeit und Sachkunde vorliegen müssen. Der Erlaubnisschein wird auf die Aktiengesellschaft, die G. m. b. H. usw. ausgestellt. Nur bei der offenen Handelsgesellschaft ist der Erlaubnisschein sämtlichen Gesellschaften zu erteilen.

— **Uebertriebener Berufsstolz bei der Eisenbahn.** Mündliche Anzeigen und Anregungen von Reisenden werden von den Bahnbeamten nicht immer mit der nötigen Bereitwilligkeit entgegengenommen und beachtet. Das Unglück in Kreiensen hatte einem Mitreisenden veranlaßt, in einer Eingabe zu bemängeln, daß das Personal der D-Züge besonders die Wagenaufseher, die Mitteilungen von Reisenden über wahrgenommene Störungen nicht mit der nötigen Bereitwilligkeit zur näheren Untersuchung entgegennehmen, noch auch die Mängel abstellen. Das Personal legt häufig eine gewisse Unnahbarkeit und einen übertriebenen Berufsstolz an den Tag. Aeltere Anordnungen in diesem Sinne werden deshalb von der Eisenbahnverwaltung in Erinnerung gebracht. Auch die Zugbegleitbediensteten sind gehalten, Mitteilungen von Reisenden über wahrgenommene Mängel und Störungen höflich entgegen zu nehmen, sachlich nachzuprüfen und nötigenfalls dem Zugführer zu melden.

Aus den Provinzen.

Wellinghofen, 18. Okt. Bei einer Sammlung zu Gunsten des Roten Kreuzes wurde im Bezirk Benninghofen ein Betrag von 3 340 000 000 Mark gesammelt. Den Spendern sowie den Sammlern sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. — Für unser Kinderheim in Piwitsheide spendete Herr N. N. aus Benninghofen den Betrag von 500 000 000 Mark. Dem gütigen Spender vielen Dank!

Hohenlimburg, 18. Okt. In den letzten Tagen sind hier acht Einbruchs- und einige Feld- u. Forstdiebstähle gemeldet. In mehreren Fällen konnten die Täter ermittelt und zur Anzeige gebracht werden.

Iserlohn, 18. Okt. Ein schwerer Einbruch wurde in das Fabrikgebäude der Firma Hermann Hasemann am Schleddenhoferweg unternommen. Wie festgestellt wurde, nahmen die Diebe aus der Rollerei einen langen Treibriemen, den sie in Stücke zerschnitten, und aus der Metallkammmer raubten sie wertvolles Zink im Gewicht von 135 Kilo. Der zerschnittene Treibriemen wurde an Ort und Stelle vorgefunden, ein Zeichen, daß die Täter wohl bei der „Arbeit" gestört worden sind.

Dortmund. Festgenommen sind Falschmünzerbande. Am 12. Oktober gegen 11 Uhr abends, überraschten Polizeibeamte im Hotel Rieve, Auf dem Berge, zwei Personen, die sich dort eingemietet hatten und die Anfertigung von falschen 5 Milliardenscheinen betrieben. Die Scheine wurden unter Benutzung von früheren 5000-markscheinen hergestellt. Beschlagnahmt wurden die zur Herstellung der falschen Scheine bestimmten Werkzeuge, ferner 113 Geldscheine und ein Posten Zigaretten, der für die gefälschten Scheine gekauft worden war. Am Hauptbahnhof wurde das Gepäck der Reisenden beschlagnahmt und darin weiteres Material gefunden. Dort konnten auch zwei andere Genossen festgenommen werden.

Arnsberg. Ein schneidiger Löschversuch. Wir haben es ja immer gesagt, so schreibt „Der Sauerländer", unsere Arnsberger Feuerwehr hat das Löschen heraus. Sie bewies es allen denen, die es nicht recht glauben wollten, am Montag abend aufs trefflichste. Ein Wirt hatte zwei Hektoliter Bier gewettet, daß die Feuerwehr es nicht fertig brächte, innerhalb von 20 Minuten, vom ersten Sirenenpfiff gerechnet, das Wasser mittels der Motorspritze aus dem Teich auf das Dach der Löwenbrauerei zu befördern. Aber wie hatte sich der Wettende verrechnet. In Blitzgeschwindigkeit fand sich die Feuerwehr zusammen und es waren eben sieben Minuten verstrichen, als sich die Schleusen öffneten und die Löwenbrauerei unter Wasser stand. Die Feuerwehr hatte die zwei Hektoliter Bier spielend gewonnen — und daß sie bei dem nun folgenden zweiten Löschversuch gleichfalls ihren Mann stand, braucht eigentlich nicht besonders betont zu werden.

Oennhausen. Der Spritzenwagen als Leichenwagen trat für Bad Oennhausen zum ersten Male in Anwendung, als kürzlich die Mitglieder der Freiw. Feuerwehr den Klempnermeister Hermann Fräger aus Niederbecksen zur letzten Ruhestätte geleiteten. Der für diesen Zweck besonders hergerichtete Wagen bot einen durchaus würdigen Anblick. Die Feuerwehrleute haben beschlossen, die Mitglieder, deren Angehörige und (auf Wunsch des Magistrats) auch jeden unbemittelten Mitbürger mit dem Spritzenwagen zu der erdigen, um den Hinterbliebenen die hohen Kosten für Leichenwagen und Träger zu ersparen.

Mülheim, 18. Okt. Eine grauenhafte Mordtat, die von einem ungeheuren Zynismus des Täters zeugt, verübte in Hiningen ein junger Bursche, der seine 17 Jahre alte Geliebte erstach, da sie ihm 170 geliehene Franken nicht zurückgeben wollte. Nach der Tat legte sich der Mörder ins Bett und erzählte erst am anderen Tage seinem Vater seelenruhig von dem Mord, worauf er verhaftet wurde.

Düsseldorf. Die Mörder ermittelt. Wie die Kriminalpolizei mitteilt, ist es ihren tatkräftigen Nachforschungen gelungen, die beiden Mörder der Schutzpolizeimeister Köhnen und Moß festzustellen. Es sind dies der Arbeiter Paul Mühle und der Ofenarbeiter Wilhelm Meuer, beide wohnhaft in der Siedlung an der Rethelstraße. Beide sind am vorigen Sonntag von einer Versammlung der Sonderbündler in M.-Gladbach zurückgekehrt und haben dann aus Rache darüber, daß sie von den Beamten in der Nacht wegen lauten Singens zur Ruhe ermahnt wurden, diese erschossen. Die zwei Täter sind flüchtig.

Letzte Drahtmeldungen.

Paris lehnt jeden Schiedsspruch in der Freizonenfrage ab.

Paris, 19. Okt. (Gestern, vormittags 11 Uhr, ist die Schweizer Note wegen des Freizonengebiets durch den Schweizer Gesandten am Quai d'Orsay übergeben worden. Nach unseren Informationen wird die französische Regierung den Standpunkt einnehmen, daß der Vorschlag eines Schiedsspruches für sie unbedingt unannehmbar sei, und betonen, daß die diplomatischen Verhandlungen in der Angelegenheit noch nicht abgeschlossen seien.

Handel und Börse.

Telegraphische Auszahlung um 18. Oktober 1923.

Amsterdam-Rotterdam	3 216 020 000
Buenos Aires	2 682 690 000
Brüssel u. Antwerpen	425 060 000
Christiania	1 271 170 000
Kopenhagen	1 439 590 000
Stockholm	2 165 400 000
Helsingfors	218 545 000
Italien	372 930 000
London	37 692 500 000
Ein Dollar	8 180 400 000
Paris	493 230 000
Schweiz	1 471 670 000
Spanien	1 108 765 000
Wien (abgestempelt) je 1 K.	116 290
Prag	244 610 000
Budapest	451 125

Wirtschaftszahlen für das Reich:

Reichsbankgoldindex: eine Goldmark am 18. 10. 1 942 857 000 Papiermark	
Goldzollaufgeld vom 17.—19. 10.	107 999 999 900
Goldzollaufgeld vom 20.—23. 10.	93 599 999 900
1 Goldzollmark = 1 080 000 000 Papiermark	
Silberankaufspreis ab 15. 10.	100 000 000
Reichslebenshaltungsindex vom 15. 10.	691 900 000
Reichsbankdiskont ab 8. 10.	90
Umrechnungskurs für die Landabgabe für je 1 Goldmark ab 17.—19. 10.	1 080 000 000
Hotel- und Bäderindex	600 000 000
Buchhändlerschlüsselzahl	1 300 000 000
Buchdruckergewerbeschlüsselzahl ab 13.10.	35 000 000
Verein deutscher Zeitungsverleger-Schlüsselzahl für den November-Postbezugspreis	3,500
Anzeigenschlüsselpreis vom 20. 10.	2 000 000
Großhandelsindex ab 9. 10. (gegen die Vorwoche um das 255,4 fache gestiegen)	1 093 000 000
Personen- und Gepäckverkehrsindex ab 18. Oktober	600 000 000
Güterverkehrsindex ab 18. 10.	1 000 000 000
Lohnmeßzahl der Reichsarbeiter	220 000
Multiplikator für das Bankgewerbe, Gehaltsindex für die laufende Woche	
Nahrungsmittelaufwand nach Calwer	13 559 940 000
Postkarte im Ortsverkehr	1 000 000
Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm	2 000 000
Fernpostkarte	2 000 000
Fernbrief bis zu 20 Gramm	5 000 000

für Schwerte:

Inderziffer f. Schornsteinfegergebühren	109 100 000
Gaspreis pro cbm 1. Hälfte Oktober	100 000 000
Wasserpreis pro cbm 1. Hälfte Oktober	30 000 000
Bezugspreis der Schwerter Zeitung für die Woche vom 15.—20. Okt.	120 0 0 000

Berliner Warenmarkt vom 17. Okt. 1923.

Mittagsbörse. (Amtlich). Preise für 50 Kilo ab Station. (In Millionen M.): Weizen märk. 9300—9600, schles. 9000—9400. Roggen märk. 8400 bis 8900, schles. 8300—8800. Sommergerste 7500 bis 8000. Hafer märk. 6300—6600. Weizenmehl (100 Kilo) 24 000—28 000. Roggenmehl (100 Kilo) 23 000—26 500. Weizen- und Roggenkleie 2500 bis 3000. Raps 15 000—16 000. Viktoriaerbsen 22 000—25 000. Kleine Speiseerbsen 17 000—20 000. Rapskuchen 5500—6000. Torfmelasse Mischung 70:70 1000—1200.

Heu und Stroh.

Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station. (Amtlich.) (In Millionen Mark.) Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 400—450, drahtgepr. Hafferstroh 300—320, drahtgepr. Gerstenstroh 280 bis 300, Roggenlangstroh 190—200, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 170—190, Häcksel 1250—1450, gutes Heu 300—350, gesundes Heu 250—300.

(Die Preise für Produkte einschließlich Heu und Stroh verstehen sich ab Station. Die Preise „ab Hof" sind im Mittel etwa um 20 Prozent billiger.)

Schlachtviehmarkt.

Auftrieb: 906 Rinder (darunter 231 Bullen, 263 Ochsen, 404 Kühe und Färsen), 640 Kälber, 1642 Schafe, 1432 Schweine und 30 Ziegen. Preise (in Millionen Mark) pro Pfund Lebendgewicht: Ochsen 250—380, Bullen 300—380; Färsen (Kalben) und Kühe 220—380; Kälber 380—750; Schafe und Schweine glatt. Kälber lebhaft. Ausgesuchte Rinder und Schafe wurden über Höchstnotiz bezahlt. Bei Schweinen wurden Richtpreise festgesetzt.

Anzeigenpreise ab 13. Oktober:

Die Grundpreise betragen:

Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80.— „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl (ab 13. Oktober 600 000) zu vervielfältigen.

Unser Bureau
ist nachmittags von 1—3 Uhr geschlossen.
Schwerter Zeitung.

Möbliertes Zimmer
von anständigem jungem Herrn gesucht.
Gefl. Offerten unter Nr. 3186 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Lichtspiele „Zur Reichskrone"
Freitag, Samstag, Sonntag, Montag!
Unsere herrliche
Kunst-Prunkwoche
bringt das zur Zeit in Rheinland und Westfalen
mit kolossalem Beifall
zur Aufführung gelangte blendend schöne
Film-Singspiel
Jugendglück u. Liebesleid
4 wundervolle Akte mit Gesang unter Mitwirkung erster Kammersänger und Sängerinnen.
Köstliche Jugenderlebnisse werden wieder lebendig, wundersam berühren unsere traulen alten Heimatweisen, unter anderem:
„O Jugend, wie bist du so schön" — „Ich schnitt es gern in alle Rinden ein" — „Nach der Heimat" — „Sah' ein Knab'" — „Aus der Jugendzeit" — „Ach wie ist's möglich dann" — „Noch ist die blühende, goldene Zeit" — „Hans und die Liesel" — „Die Lore am Tore" usw.
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.
Textbücher an der Kasse.
...
Im Beiprogramm:
Paul Heidemann in seinem neuesten Filmwerk:
Frau Schlange!
Abenteuerfilm in sechs gewaltig spannenden Akten.

Großer Theater-Abend!
veranstaltet von der
Theater-Abteilung der G. W. und P.-Vereinigung
am Sonntag, den 21. Oktober, [illegible]
im Lokale Milberg, Bahnhofstr. [illegible]
Zur Aufführung gelangt u. a.:
„Der Bucklige"
oder: **Die Macht der Arbeit.**
Schauspiel in 4 Akten von C. A. Paul.
Karten im Vorverkauf bei Milberg und den Vorstandsmitgliedern.
Anfang 4 Uhr. Kassenöffnung 3 Uhr.
Um zahlreichen Besuch bittet:
Der Vorstand. Das Festkomitee.
Der volle Reinertrag ist für die Waisenkinder der Stadt Schwerte bestimmt!

Ein 3193
blaues Kostüm
wenig getragen, preiswert zu verkaufen.
Schneidermeister Fell,
Kirchhof 4.

Tausche
zwei blaue
Knaben-Anzüge
(15—16 J.)
gegen
Kartoffeln
3199 Quickborn 18.

Eine 3198
Mansarde
oder ein trockener, verschließbarer Raum zum Aufbewahren von Möbeln zu mieten gesucht
Off. unter Nr. 3198 an die Geschäftsstelle.

Tausche
schweren Damen-Wintermantel
gegen 3197
4 Zentn. Kohlen
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Lichtspiele zum alten Rathaus
Freitag, Samstag, Sonntag!
Der große amerikanische Sensations- und Abenteuerfilm
Kazan!
in sechs gewaltig spannenden Akten.
Das Gesetz der Wüste!
Wildwest- und Abenteuerfilm in sechs Akten mit **Bernhard Götzke** in der Hauptrolle.
Lustspiel-Einlage!

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung B ist bei der Firma Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Comp., Kommanditgesellschaft auf Aktien in Barmen, Zweigniederlassung in Schwerte (Nr. 27 des Registers) heute folgendes eingetragen:

Dem Bankdirektor Hermann Ziegemeyer in Barmen ist satzungsmäßige Gesamtprokura erteilt. 3196

Schwerte, den 15. Oktober 1923.

Das Amtsgericht.

3189 **Zigaretten**
bekannte sowie unbekannte Marken, **Constantin, Lisa, Pasi, Peru, Biberti, Seriös, Romani, Sobek, Memphis, Liktor, Box** u. a. Marken, jeder Posten weit unter Tagespreis lieferbar.
Paul Siebert, Berlin NO 18,
Wassermannstr. 28 Tel. Königstadt 7232

Die neuen Postgebühren.

Gültig ab 20. Oktober 1923.

Bitte ausschneiden und aufbewahren

		Ortsverkehr (kein Nachbarortsverkehr)	Deutscher Fernverkehr einschl. Saargebiet, Luxemburg, Oestereich, Danzig, Memelgebiet	Ungarn, Tschechoslowakei	Uebriges Ausland	Zusatzgebühren
Briefe	bis 20 Gr.	4 000 000	10 000 000	24 000 000	30 000 000	**Einschreiben:** 10 000 000 Mk.
	„ 100 „	6 000 000	14 000 000	jede weiteren 20 Gr.	jede weiteren 20 Gr.	
	„ 250 „	10 000 000	16 000 000	15 000 000	15 000 000 Meistgew. 2 Kg.	Eilbrief (Ortsbezirk): 20 000 000 Mk.
	„ 500 „	12 000 000	18 000 000			Landbezirk: 60 000 000 Mk.
Postkarten		2 000 000	4 000 000	14 000 000	18 000 000	(Im Voraus zu entrichten.)
Drucksachen (Sendungen über 1000 Gr. nur für ungeteilte Bücher zulässig.)	bis 25 Gr.	2 000 000		für je 50 Gr. 6 000 000		
	„ 50 „	4 000 000				
	„ 100 „	6 000 000				
	„ 250 „	10 000 000				
	„ 500 „	12 000 000				
	„ 1000 „	15 000 000				
	„ 2000 „	18 000 000				
Geschäftspapiere und Mischsendung	bis 250 Gr.	10 000 000		für je 50 Gr 6 000 000 mindestens 30 000 000		
	„ 500 „	12 000 000				
	„ 1000 „	15 000 000				
Warenproben	bis 100 Gr	6 000 000		für je 50 Gr 6 000 000 mindestens 12 000 000		
	„ 250 „	10 000 000				
	„ 500 „	12 000 000				
Päckchen	bis 1000 Gr.	20 000 000 (nur innerhalb Deutschlands sowie nach Danzig und Memel zulässig).				

Beträge	Postanweisungen	Zahlkarten	Versicherungsgebühren
bis 100 000 000 Mk.	3 000 000	1 000 000	für Wertbriefe und versiegelte Wertpakete 200 000 Mk. für je 10 000 000 Mark. (Zugelassen bis 5 000 000 000 Mark.)
„ 500 000 000 „	6 000 000	2 000 000	
„ 1 000 000 000 „	10 000 000	3 000 000	
„ 5 000 000 000 „	15 000 000	4 000 000	
„ 10 000 000 000 „	20 000 000	5 000 000	für unversiegelte Wertpakete 100 000 Mark. (Zugelassen bis 5 000 000 000 Mark.)
„ 20 000 000 000 „	40 000 000	10 000 000	
üb. 20 000 000 000 „	—	20 000 000	

Paketgebühren.

Pakete	1. Zone bis 75 Km.	2. Zone 76-375 Km.	3. Zone über 375 Km.	Pakete	1. Zone bis 75 Km.	2. Zone 76-375 Km.	3. Zone über 375 Km.
bis 3 Kg.	25 000 000	50 000 000	50 000 000	bis 13 Kg.	90 000 000	180 000 000	270 000 000
„ 5 „	35 000 000	70 000 000	70 000 000	„ 14 „	100 000 000	200 000 000	300 000 000
„ 6 „	40 000 000	80 000 000	120 000 000	„ 15 „	110 000 000	220 000 000	330 000 000
„ 7 „	45 000 000	90 000 000	135 000 000	„ 16 „	120 000 000	240 000 000	360 000 000
„ 8 „	50 000 000	100 000 000	150 000 000	„ 17 „	130 000 000	260 000 000	390 000 000
„ 9 „	55 000 000	110 000 000	165 000 000	„ 18 „	140 000 000	280 000 000	420 000 000
„ 10 „	60 000 000	120 000 000	180 000 000	„ 19 „	150 000 000	300 000 000	450 000 000
„ 11 „	70 000 000	140 000 000	210 000 000	„ 20 „	160 000 0 0	320 000 000	480 000 000
„ 12 „	80 000 000	160 000 000	240 000 000				

Eilpakete: im Ortsbezirk 30 000 000 mehr, im Landbezirk 80 000 000 mehr.